

## ALLGEMEINES

**Integration von Flüchtlingen.** In einer im November 2014 erzielten Vereinbarung sagte der Bund den Kommunen für die Jahre 2015 und 2016 eine Unterstützung von jeweils 500 Mio. Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zu. Nach Auffassung des Deutschen Städtetages sind die Kommunen in der Lage, die nötigen Integrationsaufgaben zu erfüllen. Zu beachten seien hierbei vor allem die Versorgung mit Wohnraum, Schulunterricht, Sprachkursen und Kindergartenplätzen sowie die berufliche Partizipation. Zugleich müsse man der Angst vor dem Fremden entgegenwirken und die Aufnahmebereitschaft der Gesellschaft erhöhen. Da die finanziellen Mittel zunächst an die Länder ausgezahlt worden seien, bleibe abzuwarten, ob sie tatsächlich bei den Kommunen ankommen. Nach Prognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kann in diesem Jahr mit 230 000 Asylanträgen gerechnet werden. *Quelle: Städtetag aktuell 1.2015*

**Alphabetisierung Erwachsener in Brandenburg.** Im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport und des Ministeriums der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz bezuschusst die Investitionsbank des Landes Brandenburg Bildungsmaßnahmen, mit denen Erwachsenen Lese- und Schreibkenntnisse vermittelt werden, um ihre erwerbsbezogenen Kompetenzen zu erweitern. Die Zuwendungen gehen an Maßnahmen der regionalen Grundbildungszentren, Alphabetisierungskurse, Lernwerkstätten, Lerncafés und Kurse für inhaftierte Menschen im Land Brandenburg. Einrichtungen, die sich für eine Unterstützung bewerben möchten, finden nähere Informationen auf der Internetseite [www.ilb.de](http://www.ilb.de) (Arbeit/Aktive Arbeit-Programme). *Quelle: Newsletter Brandaktuell 23.1.2015*

**Gesetzentwurf zum Meldeverfahren in der sozialen Sicherung.** Mit dem Anliegen, den bürokratischen Aufwand für die soziale Sicherung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verringern, hat die Bundesregierung einen Gesetzentwurf für ein Fünftes Gesetz zur Änderung des Vierten Sozialgesetzbuches und anderer Gesetze vorgelegt. Auf Grundlage der Ergebnisse des Projektes „Optimierung der Meldeverfahren in der sozialen Sicherung“ wurden verschiedene Vorschläge erarbeitet. Insbesondere sollen Arbeitgeber und Sozialversicherungsbehörden künftig elektronisch in Kontakt treten dürfen. Das bisher geltende summarische Lohnnachweisverfahren für die Unfallversicherung soll aus Gründen der Fehlersicherheit noch bis zum Jahr 2019 beibehalten werden. *Quelle: hib – heute im bundestag Nr. 018, 14.1.2015*

**Sozialpolitik.** Leitfaden Soziales Europa. Teil 5. Hrsg. Europäische Kommission. Selbstverlag. Luxemburg 2014, 78 S., kostenlos \*DZI-E-0914\*  
Der halbjährlich erscheinende Leitfaden Soziales Europa informiert über aktuelle Entwicklungen der EU-Politik im

Bereich Beschäftigung, Soziales und Integration. In diesem fünften Band geht es um neue Herausforderungen und entsprechende Initiativen der Europäischen Union, wobei vor allem das im Februar 2013 verabschiedete Sozialinvestitionspaket beschrieben wird, das den Mitgliedstaaten eine Orientierung bezüglich der Frage bietet, wie sie dazu beitragen können, das in der Strategie Europa 2020 verankerte Ziel der Armutsbekämpfung zu erreichen. Darüber hinaus bietet die mit einem Glossar versehene Publikation einen Überblick über die Instrumente der EU zur Durchführung der geplanten Reformen. Berücksichtigung finden hierbei vor allem der Europäische Sozialfonds, das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation und der europäische Hilfsfonds für Menschen, die elementare Güter wie Lebensmittel oder Kleidung benötigen. Kommentare politischer Fachkräfte beleben die Diskussion. Das Buch kann im Internet unter <http://bookshop.europa.eu> bestellt werden.

**Start der Ausschreibung für das Programm „Engagierte Stadt“.** Das am 7.1.2015 vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für Familien in Kooperation mit fünf Stiftungen und einem Unternehmen auf den Weg gebrachte Programm „Engagierte Stadt“ möchte neue Wege erschließen, um das bürgerschaftliche Engagement in Städten und Gemeinden zu stärken. Im Fokus stehen lokale Akteure, deren Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kommunalpolitischen Instanzen durch eine fachliche Begleitung und finanzielle Mittel in Höhe von insgesamt einer Million Euro pro Jahr für zunächst drei Jahre gefördert werden soll. Näheres zu der Initiative steht im Internet unter [www.engagiertestadt.de](http://www.engagiertestadt.de). *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 7.1.2015*

## SOZIALES

**SoVD fordert Erhöhung der Ausgleichsabgabe.** Angesichts der relativ hohen Erwerbstätigenquote weist der Sozialverband Deutschland (SoVD) auf eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung hin, nach der ein Viertel der deutschen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Teilzeit arbeite. Die Analyse der Stiftung, die bei alle Arbeitsstellen in Vollzeitstellen umgerechnet wurden, habe ergeben, dass die dahingehend „bereinigte“ Erwerbstätigenquote bei 66 % anstelle der zuvor für das Jahr 2013 ermittelten 77 % liege. In diesem Kontext macht der SoVD auch auf die schwierige berufliche Situation von Menschen mit einer Schwerbehinderung aufmerksam, deren Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit auf 6,4 % angestiegen sei. Um dem Problem zu begegnen, empfiehlt der SoVD eine Erhöhung der Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die sich ihrer Beschäftigungspflicht entziehen. Betroffene mit einem Handicap verfügen in der Regel über eine höhere Qualifikation als nicht behinderte Menschen. *Quelle: SoVD-Zeitung 2.2015*

### Empfehlungen zu den angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung.

Hrsg. Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V. Selbstverlag. Berlin 2014, 93 S., EUR 12,90 \*DZI-E-0923\* Angesichts einiger Gesetzesänderungen und zahlreicher Widersprüche und Klagen gegen Bescheide über die in den Sozialgesetzbüchern II und XII geregelten Ausgaben für Unterkunft und Heizung stehen die Fachkräfte kommunaler Entscheidungsträger vor der Aufgabe, die Angemessenheit individuell anfallender Kosten sachgerecht zu beurteilen. Mit dieser Handreichung erhalten Jobcenter und Sozialämter eine aktualisierte Hilfestellung zur Bemessung der Leistungen. Berücksichtigt werden hierbei auch Fragen im Hinblick auf Renovierungen und Schönheitsreparaturen, Nebenkostenabrechnungen und Umzüge sowie Besonderheiten bei selbstgenutztem Wohneigentum und bei unangemessen teurem Wohnen. Die Erklärungen ermöglichen eine an den Standards des Bundessozialgerichts orientierte Überprüfung im Einzelfall. Bestellanschrift: Verlag des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V., Michaelkirchstraße 17/18, 10179 Berlin, Tel.: 030/629 80-502, Internet: www.deutscher-verein.de

**Erstausrüstung mit einer Waschmaschine.** Zu dem in § 20 des Sozialgesetzbuches II (Grundsicherung für Arbeitsuchende) geregelten Bedarf an Hausrat gehört laut einem Urteil des Sozialgerichts Dresden vom Oktober 2014 auch die Erstausrüstung mit einer Waschmaschine. In dem betreffenden Fall ging es um einen 35-jährigen Antragsteller, der nach einem Umzug in eine unmöblierte Ein-Zimmer-Wohnung vom Jobcenter lediglich 548 Euro für nicht gebraucht verfügbare Einrichtungsgegenstände mit dem Hinweis erhielt, er könne seine Kleidung in einem nahegelegenen Waschsalon waschen. Das Sozialgericht sprach ihm Geldleistungen für eine Waschmaschine zu, da die durch den Waschsalon entstehenden Mehrkosten nicht im Regelsatz der Grundsicherung für Arbeitsuchende berücksichtigt seien. *Quelle: BDH Kurier 112.2015*

## GESUNDHEIT

**Präventionsgesetz beschlossen.** Das Bundeskabinett hat am 17.12.2014 den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention verabschiedet. Vorgesehen ist, die betriebliche Gesundheitsförderung und den Arbeitsschutz enger zu verknüpfen und die Früherkennungsuntersuchungen auszubauen. Um lückenlose Impfungen zu gewährleisten, sollen Eltern von Kleinkindern verpflichtet werden, für die Anmeldung in einer Kita eine Impfberatung nachzuweisen. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Steigerung der Lebensqualität in den Pflegeeinrichtungen. Mit Blick auf langzeitarbeitslose Menschen beabsichtigt man, die Präventionsaktivitäten mit den Beratungsprozessen der Arbeitsagenturen zu verzahnen. Auf dem Plan steht darüber hinaus eine verbindlichere Gestaltung der Bonusleistungen für

**14.4.2015 Berlin.** 3. Männergesundheitskongress: Im Fokus – Psychische Gesundheit von Männern. Information: Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V., Fenskeweg 2, 30165 Hannover, Tel.: 05 11/388 11 89-39, E-Mail: stephanie.schluck@gesundheit-nds.de

**23.-24.4.2015 Berlin.** Fachtagung: Angekommen in Deutschland. Und nun? Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe im Deutschen Institut für Urbanistik, Zimmerstraße 13-15, 10969 Berlin, Tel.: 030/39 00 11 36, E-Mail: agfj@difu.de

**28.-30.4.2015 Würzburg.** EREV-Forum: Fünf-Tage-Gruppen und Tagesgruppen. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Frau Carola Schaper, Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81 11, E-Mail: c.schaper@erev.de

**6.-8.5.2015 Bad Kissingen.** 3. Bundeskongress der Jugendhilfe im Strafverfahren und der ambulanten sozialpädagogischen Angebote für straffällig gewordene junge Menschen. Information: Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e.V., Lützerodestraße 9, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/348 36-41, E-Mail: info@dvjj.de

**7.-8.5.2015 Berlin.** Fachtagung: Chancen und Potentiale von Gender und Diversity in Forschung, Lehre und Organisationsentwicklung an Hochschulen mit Studiengängen der Sozialen Arbeit, Gesundheit und Erziehung (SaGE). Information: Gabriele Schambach, Evangelische Hochschule Berlin, Teltower Damm 118-122, 14167 Berlin, Tel.: 030/84 58 22 29, E-Mail: schambach@eh-berlin.de

**8.-10.5.2015 Berlin.** 1. Hauptstadtkongress Psychodynamik: „Psychodynamische Psychotherapie – Wandel und Bewegung“. Information: Schattauer GmbH, Verlag für Medizin und Naturwissenschaften, Hölderlinstraße 3, 70174 Stuttgart, Tel.: 07 11/ 229 87-20, E-Mail: stefanie.engelfried@schattauer.de

**19.-21.5.2015 Potsdam.** Bundesfachtagung des Evangelischen Erziehungsverbandes EREV: Glück gehabt?! Aufwachsen mit der Kinder- und Jugendhilfe. Information: Evangelischer Erziehungsverband e.V., Flüggestraße 21, 30161 Hannover, Tel.: 05 11/39 08 81 15, E-Mail: p.witstschorek@erev.de

**8.-9.6.2015 Frankfurt am Main.** 20. Deutscher Präventionstag: Prävention rechnet sich. Zur Ökonomie der Kriminalprävention. Information: Deutscher Präventionstag gGmbH, Am Waterlooplatz 5 A, 30169 Hannover, Tel.: 05 11/235 49 49, E-Mail: dpt@praeventionstag.de

gesundheitsbewusstes Verhalten. Die Krankenkassen werden angehalten, ihre Ausgaben zur Krankheitsvermeidung auf 490 Mio. Euro pro Jahr zu erhöhen und sich mit den Pflegekassen, den Renten- und Unfallversicherungsträgern sowie den Ländern und Kommunen auf gemeinsame Ziele und Vorgehensweisen zu einigen. *Quelle: das Krankenhaus 1.2015*

**Das Wichtigste über die Alzheimer-Krankheit und andere Demenzformen.** Ein kompakter Ratgeber. Hrsg. Deutsche Alzheimer-Gesellschaft e.V. Berlin 2014, 47 S., kostenlos \*DZI-E-1118\*

An der Alzheimer-Krankheit, einer neurodegenerativen Veränderung der Großhirnrinde, leiden in Deutschland etwa eine Million Menschen. Um den Betroffenen, deren Familien und den medizinischen und psychosozialen Fachkräften zu helfen, vermittelt diese Broschüre wichtige Informationen über die Krankheit. Im Blickfeld stehen die Abläufe im Gehirn sowie mögliche Ursachen und Symptome der Alzheimer-Demenz. Darüber hinaus finden sich Hinweise zu anderen Formen der Demenz, zur Diagnosestellung, zur Vorbeugung und zur Therapie. Auch rechtliche und finanzielle Fragen werden berücksichtigt. Handlungsempfehlungen für pflegende Angehörige, ein Verzeichnis von Mitgliedsgesellschaften der Deutschen Alzheimer-Gesellschaft und eine Übersicht über deren Informationsschriften vervollständigen die Darstellung. Bestellanschrift: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Selbsthilfe Demenz, Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel.: 030/259 37 95-0, Internet: [www.deutsche-alzheimer.de](http://www.deutsche-alzheimer.de)

**Diagnosen in leichter Sprache.** Mit dem Ziel, das Verständnis der medizinischen Terminologie zu erleichtern, bietet die neue Internetseite [www.befunddolmetscher.de](http://www.befunddolmetscher.de) Erklärungen zu ärztlichen Diagnosen in einfacher Sprache. Beschrieben werden einzelne Körperregionen, die wichtigsten Untersuchungsverfahren und die in den Befunden benutzten Fachbegriffe. Das aus einer ehrenamtlichen Initiative junger Studierender der Medizin hervorgegangene Portal der Bertelsmann Stiftung befindet sich noch in der Erprobungsphase. *Quelle: Berliner Behinderten Zeitung Februar 2015*

**Pflegebedürftigkeit als Armutsrisiko.** Trotz der vor 20 Jahren in Kraft getretenen Pflegeversicherung erhielten nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2013 rund 444 000 Personen die „Hilfe zur Pflege“, eine staatliche Leistung für Menschen, die den notwendigen Pflegeaufwand nicht aus eigenen Mitteln bestreiten können. Nach Erkenntnissen des Sozialverbandes VdK lag deren Anzahl vor zehn Jahren noch bei 340 000. Die Ursachen für die zu beobachtende Zunahme der Zahl der Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfänger sieht der VdK in steigenden Heimkosten, stagnierenden Bestandsrenten und sinkenden Zahlbeträgen bei Neurenten. Vor allem Frauen seien von Niedrigrenten

betroffen. Um das mit einer Pflegebedürftigkeit einhergehende Armutsrisiko einzudämmen, bedürfe es einer jährlichen Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung an die tatsächlichen Kosten im Pflegesektor. Ratsam sei auch ein Finanzausgleich zwischen der privaten und der gesetzlichen Pflegeversicherung. *Quelle: VdK Zeitung Februar 2015*

**Hilfe für Suchtkranke.** Verzeichnis der Einrichtungen. Hrsg. Fachverband Sucht e.V. Selbstverlag. Bonn 2014, 113 S., kostenlos \*DZI-D-6842\*

Diese zuletzt im Dezember 2012 aktualisierte Broschüre enthält einen detaillierten Überblick über die zirka 95 Mitgliedseinrichtungen des Fachverbandes Sucht, die sich mit über 6 800 stationären und vielen ambulanten Angeboten der Behandlung und Beratung von alkohol-, medikamenten- und drogenabhängigen Menschen widmen. Das Verzeichnis bietet Informationen zu den Trägern, zu den Aufnahmebedingungen und zu den Ansätzen, den Zielen und der Dauer der Therapie, wobei auch auf die zuständigen Ansprechpersonen und die jeweils geltenden Besonderheiten hingewiesen wird. Die auf der Website des Fachverbandes einsehbare Handreichung wendet sich an Fachkräfte, die mit suchtkranken Menschen arbeiten und für diese nach geeigneten Hilfemaßnahmen suchen. Bestellanschrift: Fachverband Sucht e.V., Walramstraße 3, 53175 Bonn, Tel.: 02 28/26 15 55, Internet: [www.sucht.de](http://www.sucht.de)

## JUGEND UND FAMILIE

**Familien-Wegweiser im neuen Design.** Das Online-Portal [www.familien-wegweiser.de](http://www.familien-wegweiser.de) des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend lässt sich dank eines zum Jahresbeginn eingeführten Responsive Designs nun leichter mit Smartphone und Tablet nutzen. Zu finden sind hier Hinweise zu Beratungsangeboten und ein Online-Rechner zur Ermittlung von Leistungsansprüchen wie dem Arbeitslosengeld, dem Elterngeld und bald auch dem ElterngeldPlus. Die Datenbank „Familie regional“ und das Infopaket „Familienstart“ bieten einen umfassenden Überblick über sämtliche familienbezogenen Angebote. Beispielsweise enthält die Website eine Suchfunktion für die regional zuständigen Jugendämter und lokale Ganztagschulen, Wissenswertes zur Kinderbetreuung und zur Elternteilzeit sowie Formulare für die Beantragung staatlicher Hilfen. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 28.1.2015*

**Gewalt hat keinen Wert.** Du schon. Stationen des Wertedialogs von Innensenator Henkel. Hrsg. Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Selbstverlag. Berlin 2014, 134 S., kostenlos \*DZI-E-0994\*  
Anlässlich einer Reihe brutaler fremdenfeindlicher Übergriffe wie beispielsweise den Morden an Burak B. und Jonny K. sowie dem Überfall auf den Rabbiner Daniel

Alter in Berlin beschäftigt sich diese Broschüre mit Konzepten zur Eindämmung von Jugendgewalt. In diesem Rahmen werden einige Interviews mit Personen wiedergegeben, die im Bereich der Prävention tätig sind. Die einzelnen Beiträge dokumentieren das Projekt „Heroes@ – Gegen Unterdrückung im Namen der Ehre“, die interkulturelle Methode der MAXIME Wedding, eine Peer Helper Ausbildung in Marzahn und das Konfliktlotsenprogramm „Bleib Cool am Pool“ zur Vermeidung von Unruhen in Sommerbädern. Vorgestellt werden zudem die Vereine „Stark ohne Gewalt e.V.“ und „Deukische Generation e.V.“, die Initiative „Junger Fußball in Berlin – keine Drogen, keine Gewalt“ sowie das Angebot „KICK-im-Boxring“ zur Vermeidung von Delinquenz durch sportliche Aktivitäten. Abschließend folgen Beobachtungen zu den Ursachen von Gewalt und Porträts der mit dem „Berliner Präventionspreis 2013“ ausgezeichneten Ansätze. Bestellschrift: Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Klosterstraße 47, 10179 Berlin, Tel.: 030/902 23-29 13, Internet: [www.berlin.de/lb/lkbgg](http://www.berlin.de/lb/lkbgg)

**Inklusionspauschale wird fortgeführt.** Seit dem Schuljahr 2014/2015 übernimmt das Land Nordrhein-Westfalen Sach- und Personalkosten für die schulische Inklusion. Der LVR hat nun entschieden, in Ergänzung zur Landesförderung befristet auf zwei Jahre insgesamt

900 000 Euro bereitzustellen. Die Landesförderung wird auf Basis der zuletzt ermittelten Schülerzahlen errechnet und an die Gemeinden und Kreise verteilt. Die Inklusionspauschale des LVR orientiert sich an den individuellen Bedarfen der Schülerinnen und Schüler. Die Schulträger müssen dafür zunächst einen Antrag stellen, in dem sie ihren Bedarf begründen. Geld erhalten Schulen, die Kinder und Jugendliche mit den Förderschwerpunkten Sehen, Hören und Kommunikation, Sprache (Sekundarstufe I) oder körperliche und motorische Entwicklung aufnehmen wollen und dafür eine besondere Ausstattung oder Umbauten benötigen. Die Anträge können bis zum 31. Mai eingereicht werden. Weitere Informationen stehen im Internet unter [www.inklusionspauschale.lvr.de](http://www.inklusionspauschale.lvr.de) *Quelle: Pressemitteilung des Landschaftsverbandes Rheinland (LVR) vom 23.2.2015*

**Kinder-Migrationsreport.** Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund. Von Melihan Cinar und anderen. Hrsg. Deutsches Jugendinstitut e.V. Selbstverlag. München 2013, 399 S., kostenlos \*DZI-E-0962\* Obwohl ein Drittel der Kinder in der Bundesrepublik Deutschland einen Migrationshintergrund aufweist, wurden Mädchen und Jungen fremdländischer Herkunft in der nationalen Kindheitsforschung lange Zeit nur mar-



**Bank für Sozialwirtschaft**



## Mit Erfahrung und Expertise.

Zum Beispiel beim Liquiditätsmanagement. Nutzen Sie alle Vorteile eines controllingbasierten Cash-Managements – halten Sie Ihre Liquidität und einen effizienten Zahlungsverkehr zu jeder Zeit aufrecht. Dabei profitieren Sie von unserer besonderen Expertise im Gesundheits- und Sozialwesen.

**Sprechen Sie mit uns. Wir haben die Lösung.**

Telefon 0221 97356-0 | [bfs@sozialbank.de](mailto:bfs@sozialbank.de)

[www.sozialbank.de](http://www.sozialbank.de) | [www.spendenbank.de](http://www.spendenbank.de)

Die Bank für Wesentliches

ginal berücksichtigt. Um diese wissenschaftliche Lücke zu schließen, befasst sich dieser erste Kinder-Migrationsreport anhand des Mikrozensus 2009 und einer Sekundäranalyse statistischer und empirischer Befunde mit der Untersuchung der Lebenssituation unter 15-jähriger Jugendlicher mit einer Zuwanderungsgeschichte in Deutschland. Eingegangen wird auf die Sozialisation, frühkindliche Bildung und Betreuung, die schulische Integration sowie die Freizeitgestaltung. Die zusammengefassten Erkenntnisse zeigen, dass sich die Lebenslagen je nach sozialem Status der Eltern, Alter und Geschlecht erheblich unterscheiden, und sie ermöglichen Rückschlüsse auf entwicklungsrelevante Benachteiligungen und Potenziale. Ein Glossar mit den wichtigsten Begriffen erleichtert den Zugang. Bestellanschrift: Deutsches Jugendinstitut, Nockherstraße 2, 81541 München

## AUSBILDUNG UND BERUF

**Soziale Trainingskurse für Häftlinge.** Seit dem Sommersemester 2014 führen Studierende der Fachhochschule Potsdam Trainingskurse für inhaftierte Männer in der Berliner Justizvollzugsanstalt Tegel durch. Hier können Strafgefangene lernen, sich in die Lage von Kriminalitätsoffern zu versetzen, um auf dieser Grundlage Strategien der Rückfallprävention zu entwickeln. Die inhaltlichen Schwerpunkte des Angebots liegen auf den Themen Freizeit, gewaltfreie Kommunikation und soziale Beziehungen, wobei auch Fragen im Hinblick auf die Biographie und Integration sowie mögliche Suchtprobleme in den Blick genommen werden. Besonderes Augenmerk liegt aktuell auf den Bereichen „Selbst- und Fremdwahrnehmung“ sowie „Mobbing“. Die Ziele des Trainings bestehen in einem Zuwachs sozialer Kompetenzen und der Erarbeitung möglicher Perspektiven für die Zukunft. *Quelle: Presseinformation der FH Potsdam vom 6.2.2015*

**Masterstudium Systemische Sozialarbeit in Merseburg.** An der Hochschule Merseburg in Sachsen-Anhalt beginnt im September dieses Jahres der dritte Durchgang des Masterstudiengangs Systemische Sozialarbeit. Vermittelt werden theoretische Kenntnisse systemischen Arbeitens, praxisbezogene Kompetenzen sowie Qualifikationen für Lehr- und Leitungskräfte. Der berufsbegleitende Studiengang, der in monatlichen Präsenzveranstaltungen von drei bis fünf Tagen durchgeführt wird, dauert insgesamt zweieinhalb Jahre und schließt mit einer Fachtagung im März 2018. Er ermöglicht den Zugang zum Höheren Dienst und berechtigt zur Promotion. Angesprochen sind Sozialarbeitende, die bereits über einen ersten Studienabschluss verfügen, und Absolventen anderer Studiengänge mit Erfahrung in der Sozialen Arbeit, die sich für die Ausbildungsinhalte interessieren. Die Bewerbungsfrist endet am 15.5.2015. Ausführlicheres steht im Internet unter der Adresse [www.sysoma.de](http://www.sysoma.de). *Quelle: Nachricht der Hochschule Merseburg vom 18.1.2015*

**Forschung am Evangelischen Johanneswerk.** Das Evangelische Johanneswerk in Bielefeld hat Anfang des Jahres 2014 ein Zentrum für Versorgungsforschung und Geragogik gegründet, um praxisgerechte Ansätze für die zukünftige Begleitung kranker, pflegebedürftiger und gehandicapter Menschen zu konzipieren. Dabei nimmt das Institut auch die Perspektive der Betroffenen und deren soziales Umfeld wie Angehörige, Nachbarschaft und Freundeskreis sowie freiwillige Helferinnen und Helfer in den Blick. Als empirische Grundlage dienen die rund 40 stationären Einrichtungen im Evangelischen Johanneswerk, deren fachliche Arbeit durch die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse weiterentwickelt werden soll. Aktuell wird ein Forschungsvorhaben zum Thema Arzneimittelmanagement durchgeführt. *Quelle: Medieninformation des Evangelischen Johanneswerks vom 7.1.2015*

**Ver.di setzt sich für Verbesserung der Pflegeausbildung ein.** Laut den Erhebungen im Ausbildungsreport der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) ist ein beträchtlicher Anteil der derzeit bundesweit rund 130 000 Auszubildenden in Pflegeberufen mit den Ausbildungsbedingungen in Einrichtungen der Altenpflege und Krankenhäusern nicht zufrieden. Bemängelt würden insbesondere Defizite hinsichtlich der Anleitung, kurzfristige Versetzungen und Probleme bei der Urlaubsplanung. Um diesen Missständen abzuwehren, möchte ver.di in den kommenden Monaten mit betrieblichen Modellprojekten für eine Verbesserung der praktischen Pflegeausbildung sorgen. Unter dem Motto „Praktisch.Besser. Jetzt!“ soll an mehr als 30 Standorten mit rund 10 000 Auszubildenden gemeinsam mit diesen an einer Verbesserung der Ausbildungsqualität gearbeitet werden. Hierdurch sollen verbindliche Regelungen in Form von Betriebs- oder Dienstvereinbarungen geschaffen werden. *Quelle: ver.di Medieninformation vom 5.2.2015*

**Studiengänge Suchttherapie und Pflege.** An der Katholischen Stiftungsfachhochschule München beginnt im September dieses Jahres der nächste Durchlauf des fünfsemestrigen berufsbegleitenden Masterstudiengangs Suchttherapie M.Sc., einer durch die Deutsche Rentenversicherung Bund anerkannten Weiterbildung in Suchttherapie und Suchtprävention. Wer sich für das Angebot interessiert, kann sich online bewerben und am 21.4.2015 in München an einer Informationsveranstaltung teilnehmen. Eine Beratung zu den zum Wintersemester 2015/16 beginnenden Bachelorstudiengängen in der Pflege findet am 26.3.2015 statt. Details stehen auf der Homepage der Hochschule unter [www.ksfh.de/studiengaenge/masterstudiengaenge/weiterbildungsmaster-sucht-hilfe](http://www.ksfh.de/studiengaenge/masterstudiengaenge/weiterbildungsmaster-sucht-hilfe) und [www.ksfh.de/studiengaenge/bachelorstudien-gaenge](http://www.ksfh.de/studiengaenge/bachelorstudien-gaenge). *Quelle: Nachricht der Katholischen Stiftungsfachhochschule München vom 23.1.2015*